"Um Köpfe und Herzen werben"

Mahnwache gegen Rechtsextremismus: 170 protestieren gegen Friedhofsschändung

Obernkirchen. Sonnabend, 17.30 Uhr: Vor der ehemaligen jüdischen Synagoge an der Strullstraße/Ecke Bornemannstraße versammeln sich nach und nach immer mehr Menschen. Jugendliche und Erwachsene halten Plakate hoch, andere haben Kerzen in der Hand. Etwa 170 Obernkirchener sind der Initiative "Courage gegen Rechts Schaumburg" gefolgt und mahnen gegen die erneute Schändung des jüdischen Friedhofs in der Silvesternacht und gegen den Nationalsozialismus. Rechtsextremen Taten müsse öffentlich widersprochen werden, sagt Pastor Herbert Schwiegk für den evangelischen Kirchenvorstand und den katholischen Pfarrgemeinderat, "damit die Täter nicht denken, ihre Aktionen würden stillschweigend gutgeheißen. Unsere jüdischen Mitbürger müssen merken, dass wir ihnen zur Seite stehen." Und Schwiegk ergänzt: "Unabhängig vom eigenen politischen Standpunkt oder einer Parteizugehörigkeit müssen alle Demokraten dem Hass und der Gewalt entgegentreten, um unsere Demokratie und die Grundwerte unseres Zusammenlebens zu verteidigen. Wenn wir dem braunen Spuk nur tatenlos zuschauen, wird er immer unverschämter und gefährlicher."

Außer dem öffentlichen Widerspruch würden "dringend" Aufklärung und Information gebraucht. Insbesondere junge Menschen müssten erfahren, was Antisemitismus und Nationalsozialismus in der Vergangenheit bedeutet und welches Grauen sie über die Menschheit gebracht haben, plädiert Schwiegk. "Überall – in den Schulen, in den Jugendverbänden, in den Kirchengemeinden und besonders auch in den Familien – müssen Jugendliche die Chance bekommen, sich kritisch mit Antisemitismus und Rechtsextremismus auseinander zu setzen, damit sie gegen 'braune Rattenfänger' gewappnet sind."

Und schließlich müsse auch das Gespräch mit den Angehörigen der rechten Szene gesucht werden. Manche von ihnen seien fanatische Nazis, die sich jeder Auseinandersetzung mit Gegenargumenten verweigerten. "Andere aber, insbesondere unter den Jugendlichen, sind nur Mitläufer, die gar nicht genau wissen, welcher Fahne sie da folgen. Sie brauchen das Gespräch mit Menschen, die ihnen die Augen öffnen. Sie müssen angesprochen werden, damit sie aus der rechten Szene aussteigen. Wenn wir auch die Taten dieser Kreise verabscheuen – um die Köpfe und Herzen der Täter müssen wir werben." Ein Schwarz-Weiß-Denken, das alle Angehörigen der rechten Szene als unverbesserlich und unveränderbar abstempelt, helfe nicht weiter, sondern unterstütze nur die Führungskader dieser Kreise, betont Schwiegk.

Michael Heinrichs von der Kulturinitiative Detmold lässt es in seiner Rede an Deutlichkeit nicht fehlen: "Wir wollen an dieser Stelle ausdrücklich und in aller Deutlichkeit feststellen, dass es sich bei der neonazistischen "Nationalen Offensive Schaumburg' um die gegenwärtig gewalttätigste Organisation von Holocaustleugnern in der Bundesrepublik handelt." Deshalb, so Heinrichs, gelte "ohne Wenn und Aber: Null Toleranz für Neonazis".

Heinrichs zeichnete das Bild einer ganzen Reihe von Friedshofschändungen, die 2000 in Detmold mit der Zerstörung des jüdischen Friedhofs begonnen und sich dann in Lippe, Ost-Westfalen sowie dem Landkreis Schaumburg fortgesetzt habe: "Diese unerträgliche Störung der Totenruhe wird begleitet von der schriftlichen Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus. Hier in Schaumburg." Militante Neonazis führten jene antisemitische Gesinnung fort, die im Nationalsozialismus Ausgangspunkt der industriellen Vernichtung von sechs Millionen Juden und heute von Taten wie der erneuten Schändung des jüdischen Friedhofs in Obernkirchen sei, so Hinrichs, der dem Staatsschutz vorwarf, die Schändung des Friedhofes nicht verhindert zu haben, da er die "bekannten Führungsfiguren der Schaumburger Neonazis am Jahresende nicht im Auge behalten hat".

Sie seien nach Deutschland gekommen, um hier in Frieden zu leben, erinnert Marina Jalawaja als Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Bad Nenndorf an die Grundlagen allen menschlichen Zusammenlebens. Sie zeigt sich traurig und erschrocken über die Vorfälle, sei aber auch sehr dankbar für die Unterstützung, nicht zuletzt durch die Mahnwache. Plädover für Verbote

Ratsmitglied Irmhild Knoche von den Grünen spricht die "sich entwickelnde Kultur der Erinnerung an die Obernkirchener Juden" an. Sie solle durch Schändungen ge- und zerstört werden. Knoche: "Dies wird nicht gelingen." Sie wies darauf hin, dass demnächst die einzelnen Gräber des Friedhofs dokumentiert würden und die Geschichte der Bergstädter Juden in einer Dokumentation veröffentlicht werde: "Damit

werden die Schicksale noch deutlicher in unser Bewusstsein und unsere Herzen dringen." Steffen Holz vom Deutschen Gewerkschaftsbund hebt hervor, dass das Schaumburger Land das Zentrum norddeutscher Neonaziaktivität geworden sei. Er plädiert dafür, die rechten Organisationen und auch ihre Internet-Auftritte zu verbieten.

Obernkirchens künftiger Bürgermeister und SPD-Ratsherr Oliver Schäfer erinnert daran, dass die jüdische Kultur "Bestandteil von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Stadt" sei und plädierte dafür, weiterhin Zeichen zu setzen, wie es die Stadt mit der Sanierung des Friedhofs und dem Benefizkonzert sowie der Mahnwache jetzt auch getan habe.

Moderator Frank Gockel, der zwischen den einzelnen Redebeiträgen spricht und zur Abrundung Musikstücke von ermordeten Juden spielen lässt, fordert die 170 Zuhörer abschließend auf, am 17. März nach Minden zu kommen: Dort planten die Rechtsextremisten ihren nächsten Aufmarsch, sagt Gockel. clb